

**3513/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 27.02.2002**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport

### ***betreffend AKW Temelin: Schon vergessen?***

Nach dem Temelin-Volksbegehren der FPÖ, das von knapp einer Million Menschen unterzeichnet wurde, ist mittlerweile mehr als ein Monat vergangen. Viele Menschen haben das Volksbegehren auch deshalb unterschrieben, weil sie von der Bundesregierung eine engagiertere Anti-Temelin-Politik und einen neuen Anlauf für Stilllegungsverhandlungen wünschen. Viele Menschen haben das Volksbegehren nicht unterschrieben, weil sie in einer Veto-Drohung gegen einen EU-Beitritt Tschechiens kein geeignetes Instrument sehen. In Folge haben hochrangige FPÖ-VertreterInnen die Veto-Drohungen abgeschwächt und angekündigt, mit Prag neue Verhandlungen über eine Stilllegung des AKW aufnehmen zu wollen.

Mittlerweile ist es im tschechischen AKW am 7. Februar zum bisher schwersten Störfall seit Beginn des Probebetriebes im Oktober 2000 gekommen, die Notkühlung musste aktiviert werden, erstmals war auch der Primärkreislauf direkt betroffen. Laut Experten ging Temelin nur knapp an einer Katastrophe vorbei. "Erstmals in der Geschichte Temelins wurde ein außerordentliches Ereignis erster Stufe ausgerufen", bestätigte auch die Leiterin der staatlichen tschechischen Nuklearbehörde. Block 1 ist mittlerweile abgeschaltet worden, um die Probleme im Laufe einer einmonatigen Pause zu analysieren.

Bereits in den nächsten Tagen soll Block 2 mit Brennstäben beladen werden, obwohl zahlreiche von einem internationalen Expertenteam konstatierte Mängel nicht behoben sind. Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Ausstiegsverhandlungen mit einer neuen Regierung nach den tschechischen Wahlen in Mai müssen seitens der Bundesregierung bereits jetzt intensiv vorbereitet werden. Denn nur mit einem umfassend und seriös unter Beteiligung aller relevanter Stellen (Bund, Länder, NGOs, Experten) vorbereitetem Ausstiegsangebot bestehen realistische Chancen auf einen Verhandlungsdurchbruch.

Ende Januar hat Vizekanzlerin Susanne Riess Passer im Nachrichtenmagazin profil unterstrichen, dass es mit Tschechien konkrete Nachverhandlungen geben werde. Diese sollten in Richtung Nullvariante gehen. Die Vizekanzlerin betonte dabei die Wichtigkeit, für Tschechien auch "finanzielle Alternativen zu erarbeiten". Hier könne Österreich nicht allein sein, auch die EU müsse helfen. "Das Problem ist, dass die Kommission bislang das Problem ignoriert hat. Da sollten wir noch einmal einen Anlauf machen," wird die Vizekanzlerin in profil zitiert.

Auch FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler kann sich einen EU-Beitritt Tschechiens mittlerweile auch mit einem "verbindlichen Ausstiegsszenario" für das AKW Temelin

vorstellen. Gegenüber der Tageszeitung "Presse" sagte der FPÖ-Klubobmann Ende Jänner: "Wir sehen ein, dass die Abrüstung eines Atomkraftwerks eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Daher ist es uns wichtig, dass vor dem EU-Beitritt Tschechiens entweder Temelin abgeschaltet ist oder zumindest ein verbindliches Ausstiegsszenario auf dem Tisch liegt".

Am 15. Februar betonte die Vizekanzlerin erneut, dass Österreich für den Beitritt Tschechiens in die Europäische Union eintrete und es nun darum gehe, die aufgeheizte Stimmung abkühlen zu lassen und Verhandlungen mit Prag zu führen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie bisher eingeleitet, um die von Ihnen mehrfach medienwirksam in der Woche es Volksbegehrens angekündigten Temelin-Ausstiegsverhandlungen mit einer neuen tschechischen Regierung vorzubereiten?

Welche konkreten Schritte (Sondierungsgespräche etc.) haben Sie diesbezüglich bei tschechischen Politikern gesetzt und mit welchen Ergebnissen?

Welche konkreten Schritte haben Sie eingeleitet, um wie von Ihnen angekündigt, für Temelin "finanzielle Alternativen zu erarbeiten"? Welche Vorarbeiten für ein finanzielles Ausstiegsangebot Österreichs haben Sie durchgeführt? Haben Sie diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Finanzminister geführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Welche konkreten "Anläufe" haben Sie auf Ebene der Europäischen Union unternommen, um "finanzielle Alternativen zu Temelin" auch von Seiten der EU einzufordern, wie von Ihnen Ende Jänner angekündigt.

Welche konkreten technisch-inhaltlichen Vorschläge für ein "verbindliches

Ausstiegsszenario" für Temelin haben Sie bisher erarbeiten lassen?

Wie sollte Ihrer Meinung nach ein optimales

Temelin-Ausstiegs-Angebot

Österreichs und der EU inhaltlich, technisch, organisatorisch und finanziell

gestaltet sein?